**Deutscher Bundestag** **Drucksache 19/7306**

**19. Wahlperiode** 23.01.2019

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

# Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO**

## Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 27. bis 30. Mai 2016 in Tirana, Albanien

Inhaltsverzeichnis

Seite

**1 Mitglieder der deutschen Delegation** ..... 2
**2 Ablauf der Tagung** ..... 2
**3 Politischer Ausschuss (PC)** ..... 2
**4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)** ..... 4
**5 Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)** ..... 7
**6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)** ..... 9
**7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)** ..... 12
**8 Plenarsitzung** ..... 14
**Abkürzungsverzeichnis** ..... 17
**Anlage: Erklärung 428** ..... 18

## 1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

***Deutscher Bundestag:***

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),

***Bundesrat:***

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Minister Dr. Holger Poppenhäger (SPD), Thüringen,
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.

## 2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 28. Mai 2016, und am Sonntag, 29. Mai 2016, statt. Das Plenum tagte am Montag, 30. Mai 2016.

## 3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 28. Mai 2016, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland). Schwerpunkt der Beratungen waren die Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales und die Aussichten für den NATO-Gipfel in Warschau, die Sicherheit in der Golfregion, die Beziehungen zur Russischen Föderation sowie die sicherheitspolitische Bedeutung Chinas.

### I. Vortrag von Ditmir Bushati, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Albanien, zum Thema „Übersicht über die Sicherheitsprobleme auf dem Balkan“

Außenminister **Ditmir Bushati**, betonte die Bedeutung, die der NATO und der EU bei der Errichtung von Stabilität in der Region des westlichen Balkans zukomme. Die „Politik der offenen Tür“ der NATO sichere Stabilität und verhindere sicherheitspolitische „Grauzonen“. Die Region sei durch unterschiedliche nationale Politiken gekennzeichnet, in dem jeder Staat bei Themen – wie beispielsweise im Umgang mit den Entwicklungen in der Ukraine – eine eigene Herangehensweise verfolge. Vor allem Serbien habe eine eigene Agenda und sei bei vielen Fragen zur euroatlantischen Sicherheit mit Verweis auf seine Neutralität nicht zu verbindlichen Zusagen bereit. Bosnien und Herzegowina zögen sich wegen innenpolitischer Schwierigkeiten aus der Verantwortung. Außenminister **Bushati** verurteilte die Russische Föderation aufgrund der Verstöße gegen internationales Recht. Gleichwohl sprach er sich aus sicherheitspolitischen Gründen für eine Fortsetzung der Kooperation der NATO mit Russland aus.

In der Diskussion ging Abgeordneter **Herman Schaper** (Niederlande) auf die hohe Zahl albanischer Flüchtlinge in Europa ein und erkundigte sich nach deren Fluchtgründen. Außenminister **Bushati** erwiderte, es handele sich hierbei um „Wirtschaftsnomaden“, die sich aus einer Vielzahl von Gründen auf den Weg machten. Er begrüßte die Einstufung der Länder des Westbalkans als sichere Drittstaaten durch Deutschland. Von dem Abgeordneten **Matej Tonin** (Slowenien) auf die Gefahr religiöser Radikalisierung angesprochen, erklärte er, dieser Bedrohung werde mit gesetzlichen und zahlreichen weiteren Maßnahmen begegnet. Die verschiedenen Religionsgruppen arbeiteten eng und vertrauensvoll zusammen. Der Besuch des Papstes in Tirana im September 2014 habe das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionsgruppen deutlich gezeigt. Der Bedrohung durch die Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staats (IS) könne nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln begegnet werden.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## II. Vortrag von Professor Dr. Rexhep Meidani, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ehemaliger Präsident der Republik Albanien, zum Thema „Russland und die westlichen Balkanstaaten“

**Professor Dr. Rexhep Meidani** erklärte, die Russische Föderation versuche, mit unterschiedlichen, sogenannten „weichen Machterhaltungsmaßnahmen“ die Medien und Einrichtungen der orthodoxen Kirche zu beeinflussen. Sie finanziere beispielsweise auch wichtige Verkehrsprojekte. Besonders Serbien und Bulgarien seien Maßnahmen ausgesetzt, die der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Russischen Föderation dienten. Die Staaten des Westbalkans unterhielten traditionell enge Wirtschaftsbeziehungen mit der Russischen Föderation. Er kritisierte, die Russische Föderation beeinflusse in negativer Weise die eingefrorenen Konflikte in der Region und erschwere die Suche nach einer Lösung. Er könne keine klare Strategie im russischen Vorgehen erkennen. Er verwies auf die Überwindung der deutschen Teilung, die ein Beispiel für einen eingefrorenen Konflikt sei, der aufgrund der wirtschaftlichen Stärke des wiedervereinten Landes überwunden werden konnte.

In der Diskussion kritisierten einige Ausschussmitglieder die Bewertung, die Russischen Föderation agiere planlos und ohne Strategie, und vertraten die Ansicht, dass das russische Vorgehen zum Ziel habe, Europa zu schwächen und zu destabilisieren.

## III. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Umsetzung der Beschlüsse von Wales und Aussichten für Warschau: Politische Aspekte“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Abgeordnete Rasa Jukneviciene (Litauen)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) führte in die Themen des bevorstehenden NATO-Gipfels in Warschau ein und erläuterte die sicherheitspolitischen Herausforderungen für die NATO. Schwerpunkt ihres Berichts war das Vorgehen der Russischen Föderation in der Ostukraine und in Syrien. Beim NATO-Gipfel müssten neue Antworten auf die russischen Aggressionen gefunden werden. Die bisherigen Reaktionen der NATO auf die russischen Provokationen bezeichnete sie als „standfest“. Sie begrüßte die Umsetzung des beim NATO-Gipfel in Wales 2014 beschlossenen *Readiness Action Plan (RAP) of Reassurance and Adaption*. Die jüngsten NATO-Übungen und die Truppenaufstockung an der Ostflanke seien ein richtiger Schritt. Sie ging auf die prekäre Sicherheitslage und die Bedrohung durch die Terrormiliz des sogenannten IS in den Länder an der südlichen NATO-Grenzen ein. Die durch den Terror verursachte Flucht vieler Menschen nach Europa wirke sich auf die politische Stabilität und Sicherheit der aufnehmenden Länder aus. Die Gefahren aus der südlichen Mittelmeerregion seien im Vergleich zu den Herausforderungen aus dem Osten diffuser und nicht zwingend militärischer Natur. Die Ursachen müssten in den Ursprungsländern bekämpft werden. Sie forderte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Regierungen und Sicherheitsbehörden, insbesondere in den Bereichen *capacity building*, Wahrung der Menschenrechte sowie Integrität im Verteidigungs- und Sicherheitssektor.

Unterschiedlicher Ansicht waren die Ausschussmitglieder in der Frage, ob die NATO und die Versammlung mit der Russischen Föderation Gesprächen führen sollten. Einige Mitglieder stellten den Wert eines Dialogs in Frage. Sie verwiesen auf die anhaltenden Rechtsverstöße sowie auf die den Konflikt verschärfende Unterstützung des syrischen Assad-Regimes. Andere Mitglieder wiederum betonten die Bedeutung der Russischen Föderation bei der Suche nach einer Konfliktlösung und plädierten für eine Fortführung des Dialoges. Die Generalberichterstatterin Abgeordnete **Jukneviciene** widersprach der These, wonach die Russische Föderation mit ihrem militärischen Engagement in Syrien einen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung leiste und somit eine positive Rolle in der Region einnehme. Keine Einigkeit herrschte auch beim Thema NATO-Osterweiterung. Ein Mitglied bezeichnete die Entscheidung des NATO-Gipfels in Bukarest 2008, die Ukraine und Georgien perspektivisch in die NATO aufzunehmen, als eine Provokation für Russland und als einen „historischen Fehler“. Generalberichterstatterin Abgeordnete **Jukneviciene** hielt dem entgegen, dass das Fehlen eines konkreten Beitrittsfahrplans für die Ukraine und Georgien ein Fehler gewesen sei. Die Erfahrungen im Baltikum zeigten, dass die sichere Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung rechtstaatlicher und demokratischer Strukturen leisten könne.

## IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „China in einer sich verändernden Welt“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Paolo Alli (Italien)

Berichterstatter Abgeordneter **Paolo Alli** (Italien) führte aus, nicht nur im Bereich der Wirtschaft, auch im Bereich der internationalen Sicherheit habe China eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Er erklärte, Konflikte zwischen China und seinen Nachbarländern im Asien-Pazifik-Raum verursachten regionale Instabilitäten mit möglichen

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Auswirkungen auf die NATO-Staaten. Er kritisierte, die NATO habe weder eine Asien-Strategie noch eine klare Rolle in der Region entwickelt.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die möglichen Auswirkungen territorialer Streitigkeiten im Asien-Pazifik-Raum auf die globale Sicherheitslage. Chinas Vorgehen im Ostchinesischen Meer sowie das militärische Aufrüsten mehrerer Inselgruppen und Atolle – beispielsweise auf den Spratly-Inseln und dem Scarborough-Riff – wurde als besorgniserregend bewertet. Die Philippinen hätten bereits ein Verfahren gegen China nach dem Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen (VN) angestrengt. Das chinesische Vorgehen und die Annexion der Krim durch die Russische Föderation wiesen Parallelen auf.

### V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Sicherheit in der Golfregion“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Gerald E. Connelly (Vereinigte Staaten), präsentiert vom Abgeordneten Oeyvind Halleraker (Norwegen), Vorsitzender des Unterausschusses

Der Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter **Oeyvind Halleraker** (Norwegen), erklärte, der Bericht gehe auf den Zusammenhang zwischen der Sicherheitslage in der Golfregion und den Konflikten in Syrien und dem Irak ein. Die Terrormiliz des sogenannten IS stelle auch nach den gegenwärtigen Gebietsverlusten in Syrien und dem Irak weiterhin ein erhebliches Sicherheitsrisiko in der Region und darüber hinaus dar. Die Golf-Anrainerstaaten und der Iran seien bei der Bekämpfung der Terrormiliz besonders gefordert.

In der Diskussion kritisierten einige Abgeordnete die unzureichende Beteiligung der Golfstaaten im Kampf gegen die Terrormiliz und forderten, die Länder aus der Region finanziell und militärisch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die Ausschussmitglieder berieten über die Folgen der Gebietsverluste für das weitere Vorgehen der Terrormiliz und die mögliche Bedrohung der Sicherheit in Europa aufgrund von Angriffen durch heimkehrende Terroristen. Die Mitglieder forderten ein härteres Vorgehen gegen die Verbreitung der Terrorpropaganda und die Versuche, neue Kämpfer im Internet anzuwerben.

### VI. Präsentation von Bruno Tertrais, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung für strategische Forschung (FRS) in Paris, zum Thema „Herausforderungen durch den sogenannten ‚Islamischen Staat‘ – Auswirkungen auf NATO-Mitglieder“

**Bruno Tertrais** erklärte, die Terrormiliz des sogenannten IS stelle die Alliierten vor völlig neue Herausforderungen. Zu keiner Zeit habe ein nichtstaatlicher Akteur Völkermord in diesem Umfang betrieben und die Fähigkeit gehabt, junge Menschen in so großer Zahl für seine Zwecke zu mobilisieren. Der gesamte Nahe Osten leider unter diesem globalen Phänomen. Er sprach sich für die Unterstützung kurdischer Kämpfer, der Freien Syrischen Armee sowie weiterer, nicht dschihadistischer Gruppen aus. Es sei ein großer Fehler gewesen, dass die Weltgemeinschaft das syrische Regime 2013 für den Chemiewaffeneinsatz gegen die eigene Bevölkerung nicht bestraft und somit durch ihre Tatenlosigkeit ein Argument für die Terrormiliz für die Rekrutierung junger Menschen geschaffen habe. Die Russische Föderation und der Iran seien für die Entstehung der Terrormiliz mitverantwortlich, eine Allianz sei mit ihnen daher kontraproduktiv. Das militärische Eingreifen der Russischen Föderation diene nur der Unterstützung des Assad-Regimes und nicht der Bekämpfung der Terrormiliz. Er erklärte, Libyen könne im Kampf gegen den Terror ein wichtiger regionaler Partner der NATO sein. Vor diesem Hintergrund forderte er ein größeres Engagement für eine Stabilisierung Libyens.

## 4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, 29. Mai 2016, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich). Schwerpunkte der Diskussionen waren die Entwicklungen in der Balkanregion, die Bedrohungen für die Sicherheit der NATO-Mitgliedsstaaten durch die Terrormiliz des sogenannten IS sowie der Umgang mit der Russischen Föderation.

### I. Vortrag von Mimi Kodheli, Verteidigungsministerin der Republik Albanien, zum Thema „Nationale und transnationale Sicherheitsprobleme in der aktuellen Sicherheitsumgebung“

Verteidigungsministerin **Mimi Kodheli** schilderte die wirtschaftlichen und innenpolitischen Entwicklungen Albaniens seit seinem Beitritt zur NATO im Jahr 2009. Albanien beteilige sich erfolgreich an den Unterstützungsmissionen der NATO in Afghanistan und im Kosovo. Sie erklärte, der militärische Vorsprung Europas gegenüber

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

der Russischen Föderation verringere sich. Während der russische Staat seit Jahren seine militärischen Kapazitäten modernisiere, verringerten die Europäer ihre militärischen Kräfte. Sie forderte eine Umkehrung dieser bedenklichen Entwicklungen. Sie führte aus, eine zügige Aufnahme Montenegros in die NATO fördere das Zusammenwachsen der Balkanstaaten und trage erheblich zur Stabilisierung der Region bei. Eine Mitgliedschaft in der NATO sei für alle Staaten des Westbalkans ohne Alternative. Sie konstatierte, für viele Balkanstaaten sei die Entwicklung demokratischer Staatsstrukturen schwerer als ursprünglich angenommen.

Vom Abgeordneten **Joseph A. Day** (Kanada) auf die Höhe der albanischen Verteidigungsausgaben angesprochen, erklärte Verteidigungsministerin **Kodheli**, die zurückliegenden 25 Jahren seien für den Umbau einer hochmilitarisierten Militärdiktatur zu einer Berufsarmee benötigt worden. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, Albanien gebe zwei Prozent seines Bruttosozialproduktes (BSP) für Verteidigungsausgaben aus und erfülle somit die von der NATO beschlossene Vorgabe. Er erkundigte sich, ob die Ausgaben auch für die NATO gewinnbringend eingesetzt würden. Verteidigungsministerin **Kodheli** antwortete, Albanien habe die Zahl seiner Streitkräfte zwar reduziert, setze sie jedoch sehr gezielt und somit nutzbringend für die Allianz ein. Der militärische Schwerpunkt liege auf der Ausstattung der Marine, die zur Sicherung der langen Küstenlinie erforderlich sei. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erinnerte an die erfolgreichen gemeinsamen NATO-Manöver mit Albanien. Verteidigungsministerin **Kodheli** wies auf die Eröffnung eines albanisch-britischen Militärstützpunkts in Tirana als ein Zeichen der engen Zusammenarbeit beider Länder hin.

## II. Vortrag von Generalmajor Jeronim Bazo, Generalstabschef der albanischen Streitkräfte, zum Thema „Albanische Streitkräfte: Prioritäten, internationales Engagement und internationaler Beitrag“

Generalmajor **Jeronim Bazo** erläuterte die Entwicklung der albanischen Streitkräfte seit dem Ende der Sowjetunion und gab einen Überblick über deren Einsätze in internationalen Friedens- und Sicherheitsmissionen, wie beispielsweise in Afghanistan. Albanien habe große Investitionen zur Modernisierung der Streitkräfte getätigt. Ziel sei, den Anstieg der Ausgaben für militärische Investitionen an den des BSP anzugleichen.

In der Diskussion lobten einige Mitglieder das Engagement Albaniens in der NATO. In der Debatte um das Zwei-Prozent-Ziel führte Generalmajor **Bazo** aus, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben davon bestimmt werde, was in das Verteidigungsbudget hineingerechnet werde. In der Vergangenheit seien auch die Ausgaben für die Renten ehemaliger Soldaten aus dem Verteidigungsaushalt beglichen worden, was 1,4 Prozent des BSP ausgemacht habe. Für eine bessere Vergleichbarkeit der Verteidigungsbeiträge der NATO-Mitgliedstaaten regte Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande) die Festlegung einheitlicher Kennzahlen an.

## III. Vortrag von Bruno Tertrais, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung für strategische Forschung (FRS) in Paris, zum Thema „Herausforderungen aus dem Süden“

**Bruno Tertrais** schilderte verschiedene Risikoszenarien, die sich aus dem Vordringen der Terrormiliz des sogenannten IS im Süden für die NATO ergäben. Die Russische Föderation profitiere sowohl von der durch die Terrormiliz geschaffenen instabilen Lage als auch von der Flüchtlingskrise, die zu einer Schwächung Europas führe und mangelnde Geschlossenheit der Allianz offenbare. Ein einheitliches Vorgehen der Allianz sei auch hinsichtlich der schwierigen Beziehungen zur Russischen Föderation von großer Bedeutung. Die instabile Lage in Syrien sei mit der in Afghanistan vergleichbar. Er erklärte, auch nach Beendigung des Krieges in Syrien würden die Folgen für die Region auf Jahrzehnte spürbar bleiben. Die NATO müsse sich auf drei Szenarien vorbereiten. Er prognostizierte weitere russische Aggressionen gegen einzelne NATO-Mitgliedstaaten, terroristische Anschläge der Terrormiliz in Staaten der Allianz und unabsehbare Folgen des iranischen Atomwaffenprogramms.

## IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Die internationalen militärischen Feldzüge gegen den sogenannten Islamischen Staat“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erläuterte, die Vereinigten Staaten hätten sich zu einem militärischen Eingreifen in Syrien wegen des Vordringens der Terrormiliz des sogenannten IS vom Nordosten Syriens bis in den Irak entschlossen. Das Zurückdrängen der Terrormiliz diene auch dem Ziel, die eigene Machtposition im Nahen Osten sowie regionale Verbündete zu stärken. Das militärische Eingreifen der Russischen Föderation diene auch dazu, den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region zu begrenzen, und habe die bereits schwierige Sicherheitslage in der Region weiter verschärft.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abgeordneter **Andrea Manciulli** (Italien) erklärte, der Einsatz hybrider Kriegsführung durch die Terrormiliz sei mit der russischen *cyberwar*-Strategie vergleichbar. Berichterstatter Abgeordneter **Mesterhazy** sagte eine vertiefte Analyse über die Auswirkungen der von der Terrormiliz eingesetzten Propaganda bei der Überarbeitung des Berichtes zu.

## V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Die Resolute Support Mission der NATO in Afghanistan 2016“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Wolfgang Hellmich (Deutschland)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) erklärte, die schrittweise Übertragung der Sicherheitsverantwortung auf die afghanischen Streitkräfte sei Ziel der NATO-Unterstützungsmission. Die gegenwärtige Sicherheitslage sei fragil und in 25 Prozent des Staatsgebietes würde weiterhin gekämpft werden. Die Terrormiliz des sogenannten IS gewinne an Einfluss, der sich vor allem aus der Verbindung zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität stütze. Seit dem Tod des Taliban-Anführers Mullah Mohammad Omar herrsche ein Machtkampf zwischen den unterschiedlichen regionalen Gruppen der Taliban, der die Bereitschaft zur Aufnahme von Friedensgesprächen erschwere. Die Taliban hätten den industriellen Abbau von Lapislazuli unter ihre Kontrolle gebracht. 57 Prozent der Bevölkerung vertrauten der afghanischen Regierung. Die grassierende Korruption und der Stillstand bei der Reform des Wahlrechts hätten jedoch zu einer tiefen Verunsicherung geführt. Die westliche Gemeinschaft müsse die Regierung bei der Umsetzung wichtiger Reformen begleiten. Nach wie vor sei eine Beendigung des NATO-Einsatzes nicht absehbar und müsse situationsbedingt entschieden werden.

In der Diskussion bewertete Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich) den Bericht als eine mutige und nüchterne Analyse der aktuellen Lage in Afghanistan. Auf die Frage des Abgeordneten **Koryun Nahapetyan** (Armenien) nach einer Einschätzung der Situation in Afghanistan und einer möglichen Beendigung des Militäreinsatzes der NATO erklärte Sonderberichterstatter Abgeordneter **Hellmich**, angesichts der instabilen Sicherheit müssten Aufbaumaßnahmen bis auf Weiteres militärisch abgesichert werden. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erinnerte an die zahlreichen afghanischen Kriegsversehrten und fragte, wie deren Schicksal verbessert werden könne. Sonderberichterstatter Abgeordneter **Hellmich** sprach sich für die Bereitstellung umfassender Hilfsgelder aus, mittels derer ein adäquates Versorgungs- und ein besseres Bildungssystem aufgebaut werden können. Ziel aller Maßnahmen müsse sein, die Menschen im Land zu halten, damit diese einen Beitrag zum Wiederaufbau leisten könnten.

## VI. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Neue Zwänge bei der Verteidigung: Umsetzung der Zusagen von Wales und Ausblick auf Warschau“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Generalberichterstatter Senator **Joseph A. Day** (Kanada) ging auf die veränderte Sicherheitslage in Europa seit dem NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014 ein und legte dar, dass höhere Ausgaben für Investitionen im Verteidigungsbereich und eine verbesserte Zusammenarbeit der NATO-Mitglieder untereinander erforderlich seien. Er forderte ein Ende von Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben. Angesichts der von der Russischen Föderation vorangetriebenen militärischen Aufrüstung seien besonders die östlichen Mitgliedstaaten gefordert, mehr für ihre Verteidigungsfähigkeiten zu tun.

In der Debatte erklärte Abgeordneter **Raymond Knops** (Niederlande), die Ausrichtung der nationalen Verteidigungsausgaben an zwei Prozent des BSP sei wegen unterschiedlicher Bezugsgrößen unbefriedigend. Er fragte nach der Möglichkeit, Kennziffern zu schaffen, anhand derer die einzelnen nationalen Verteidigungsausgaben besser verglichen werden könnten. Abgeordneter **Jason McCartney** (Vereinigtes Königreich) vertrat die Ansicht, angesichts der Nuklearkraft der Russischen Föderation müsse Abschreckung nicht nur konventionell, sondern auch nuklear erfolgen. Senator **Franklin van Kappen** (Niederlande) äußerte sich besorgt über die Gefahren einer weiteren Eskalation in den Beziehungen zur Russischen Föderation und sprach sich mit Nachdruck für eine Wiederaufnahme der Gespräche aus.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

### VII. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Die NATO und die künftige Rolle der Seestreitkräfte“, vorgelegt von der Berichterstatterin Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatterin Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) betonte die Bedeutung der maritimen Streitkräfte für die Allianz. Sie stünden exemplarisch für die transatlantische Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa und dienten dem Schutz der Ostseeregion sowie des Mittelmeers. Die Aufrüstung der Marine in der Russischen Föderation und der Volksrepublik China präge die maritime Sicherheitslage und erfordere eine Umkehr von der gegenwärtigen Abrüstungspolitik. Die Wahrung der maritimen Sicherheit sei eine zentrale Aufgabe der NATO. Aktuelle Operationen müssten sich an die veränderte Sicherheitslage anpassen. Sie forderte eine schnelle Modernisierung der maritimen Streitkräfte und eine verbesserte Zusammenarbeit der NATO mit der EU bei Seeoperationen.

## 5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension tagte am Samstag, 28. Mai 2016, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal). Schwerpunkt der Beratungen waren die Terrorismusbekämpfung, der Integrationsprozess des Westbalkans in den euroatlantischen Raum sowie die Ukraine- und die Migrationskrise.

### I. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verbesserung der euroatlantischen Terrorismusbekämpfungsfähigkeiten und Zusammenarbeit“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Senatorin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Generalberichterstatterin Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) ging auf die Ursachen für die Entstehung und Handlungsoptionen bei der Bekämpfung von Terrororganisationen ein. Die Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staats“ stelle mit effizienten Organisations- und Finanzierungsstrukturen sowie einer erfolgreichen Vermarktungsstrategie in den sozialen Netzwerken derzeit eine größere Bedrohung dar als die Terrorgruppe Al-Qaida. Um weitere Terrorangriffe auf europäische Großstädte zu verhindern, hätten die europäischen Staaten ihre Sicherheitsmaßnahmen verstärkt, jedoch seien umfassendere Maßnahmen erforderlich. Sie sprach sich für eine engere internationale Zusammenarbeit sowie für verbesserte Gegenmaßnahmen zur Unterbindung der Finanzströme der Terrorgruppen aus. Eingehend wurden die Gefahren erörtert, die sich durch eine Infiltrierung der Migrationsbewegungen durch Kämpfer der Terrorgruppen ergeben könnten.

In der Diskussion erklärte Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland), die auf Dauer angelegte Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten sei nicht der richtige Weg. Die Sicherung der europäischen Außengrenzen müsse in Abstimmung mit den von der Schließung betroffenen Nachbarstaaten erfolgen. Abgeordnete **Samila Belhaj** (Niederlanden) erkundigte sich nach der möglichen europäischen Verantwortung für die Entstehung terroristischer Organisationen. Sie forderte die Regierungen auf, die Jugendlichen in ihren Ländern durch gezieltere Präventionsmaßnahmen und einer stärkeren Vermittlung demokratischer Werte besser vor der Propaganda der Terroristen zu schützen. Sie sprach das Problem der aus den westlichen Gesellschaften stammenden Kämpfer in Syrien an. Berichterstatterin Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** stimmte den Ausführungen zu und erklärte, aus ihrer Sicht sei die bisherige Zusammenarbeit mit Moscheen und Imamen unzureichend. Abgeordnete **Mary Creagh** (Vereinigtes Königreich) betonte die große Gefahr einer schnellen Verbreitung terroristischen Gedankengutes durch Hassprediger im Internet.

### II. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Der westliche Balkan: Herausforderungen bei der europäischen und euroatlantischen Integration“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland), und Präsentation von Dr. Enri Hide, Dozent für Internationale Beziehungen, Sicherheit und Geopolitik der European University of Tirana

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) stellte im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu den sicherheitspolitischen Entwicklungen im Westbalkan ihren Sonderbericht vor. Sie bewertete die Entwicklung, die die Region in den letzten zwanzig Jahren vollzogen habe, als bemerkenswert. Weiterhin seien die bestehenden Spannungen zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen und die damit verbundenen Verfassungs- und Statusfragen eine große Herausforderung. Die derzeitigen Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

seien eine wichtige Etappe auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Der Reformprozess verlaufe in einzelnen Ländern schleppend, von dessen Erfolg hänge wesentlich ab, ob die Menschen in der Region blieben. Die politischen Entwicklungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gäben Anlass zur Sorge und müssten weiterhin beobachtet werden. Aufgrund der ethnischen Spannungen solle die NATO ihre Annäherungsstrategie für Bosnien und Herzegowina überdenken sowie die Registrierung von NATO-Liegenschaften nicht weiter zur Bedingung einer Annäherung machen. Für die Frage einer Mitgliedschaft Serbiens und des Kosovo in der NATO sei die Klärung der Statusfrage des Kosovo unverzichtbar. Sie appellierte an die Balkanstaaten, die Flüchtlingsmigration über die Balkanroute als Chance für eine notwendige Zusammenarbeit und zur Überwindung innerregionaler Konflikte zu begreifen.

**Dr**. **Enri Hide** betonte anschließend, Frieden und Stabilität in der Region seien keine Selbstverständlichkeit. Die Entwicklungen in Albanien hätten sich stabilisierend auf die gesamte Region ausgewirkt. Die anhaltende Korruption, der Reformstillstand, vor allen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die schwache wirtschaftliche Entwicklung und eine hohe Arbeitslosenquoten seien für die Bevölkerungen sehr belastend. Die Anzahl aus dem Westbalkan stammender Syrienkämpfer sei besorgniserregend. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der NATO oder in der EU sei ein wichtiges Instrument, mit dem regionalen und innerstaatlichen Konflikten entgegengewirkt werden könne. Die Aussicht Montenegros auf eine NATO-Mitgliedschaft sei ein wichtiges Signal für die gesamte Region.

Auf die Frage des Abgeordneten **Michel Lefait** (Frankreich) nach den Gründen für die Skepsis der Serben gegenüber der NATO führte Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** aus, die serbische Bevölkerung strebe mehrheitlich keine NATO-, aber eine EU-Mitgliedschaft an. Die Gründe für eine ablehnende Haltung gegenüber der NATO lägen in ihrer Rolle während des Balkankrieges und in der russischen Propaganda gegen die Allianz. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Tomas Jirsa** (Tschechien) ging **Dr. Enri Hide** auf den Einfluss saudischer Investoren auf Albanien ein. Er erklärte, auch die Russische Föderation und Norwegen übten einen starken Einfluss durch Investitionen in wichtige Projekte aus. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) sprach den hohen Anteil der Flüchtlinge aus dem Westbalkan an. Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** berichtete, nur fünf Prozent der aus der Balkanregion fliehenden Menschen würden in Deutschland als Asylbewerber anerkannt. Eine Aussicht auf einen EU-Beitritt bei gleichzeitiger Einstufung als unsichere Herkunftsländer sei ein Widerspruch. Die ganz überwiegende Zahl der Menschen verlasse das Land nicht aufgrund politischer Verfolgung, sondern wegen des schlechten Arbeitsmarktes.

## III. Vortrag von Dr. Ilir Kalemaj, Direktor der Master-Programme Internationale Beziehungen, Universität New York, Tirana, zum Thema „Die Instabilität in Libyen: Implikationen für die MENA-Region und darüber hinaus“

**Dr. Ilir Kalemaj** berichtete, seit dem Sturz Muammar Al-Gaddafis im Jahre 2011 bestünden in Libyen chaotische Zustände. Bislang sei das Ziel der VN, eine libysche Einheitsregierung zu errichten und ein Abkommen zwischen den rivalisierenden Parlamenten zu schließen, ohne Erfolg geblieben. Das Land steuere auf eine politische und finanzielle Krise zu. Die Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staats“ und andere islamistische Gruppen nutzten das Machtvakuum für eine Offensive auf die Ölressourcen und strategisch relevante Städte des Landes aus. Tunesien sei angesichts einer sich verschärfenden Sicherheits- und einer angespannten Wirtschaftslage überfordert und zur Aufnahme von weiteren Flüchtlingen nicht mehr in der Lage. Die katastrophale humanitäre Situation in Libyen habe mehr als 400.000 Menschen zur Flucht in den Norden veranlasst. Die aktuelle Situation sei mit der in Somalia in den 1990er Jahren vergleichbar. Die Schließung der Balkanroute sei ein weiteres Risiko für die Stabilität des Landes. Der Wissenschaftler verwies auf die reichen Ölressourcen und vorhandenen Bodenschätze des Landes, die Begehrlichkeiten schafften und zugleich Chancen böten.

In der Diskussion wies **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) auf die besorgniserregende Situation im Nachbarland Ägypten hin. Die Auswirkungen des Terrorismus lähmten die Tourismuswirtschaft des Landes. **Dr. Ilir Kalemaj** erwiderte, die Entwicklung Libyens sei wie die der anderen MENA-Staaten unter Berücksichtigung des historischen, europäischen Einflusses zu verstehen. Die Festlegung artifizieller Grenzen ohne Rücksicht auf historische und ethnische Hintergründe sei eine Erblast der Region, die schwer zu überwinden sei.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

### IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ zum Thema „Die beiden Kriege der Ukraine: Der Schutz der Unabhängigkeit und die Umsetzung echter Reformen“, vorgelegt vom Berichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich), mit Kommentaren von Eugene Czolij, Präsident des Ukrainischen Weltkongresses

Die Diskussion über die Krise in der Ukraine wurde mit der Vorstellung des Berichtsentwurfs von Berichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) eingeleitet. Die Russische Föderation bewerte die Annäherung der Ukraine an den Westen als ein Sicherheitsrisiko. Die Annexion der Krim sei die sicherheitspolitische Antwort darauf. Im Gegensatz zur russischen Seite sei die ukrainische Regierung bemüht, das Minsk II-Abkommen einzuhalten. Die erfolgreiche Umsetzung des Abkommens sei problematisch, aber einziges Instrument für die friedliche Konfliktlösung. Er bedauerte den Rücktritt von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk und den Rückzug reformorientierter Minister aus der Regierung. Er erklärte, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sei nicht an der Fortsetzung der eingeschlagenen Reformen interessiert. Die grassierende Korruption bremse die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Der Berichterstatter empfahl, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und die Annexion der Krim niemals völkerrechtlich anzuerkennen. Die Versammlung sei gut beraten, die Suspendierung der assoziierten Mitgliedschaft der russischen Delegation in der NATO PV aufrecht zu erhalten.

**Eugene Czolij**, Präsident des Ukrainischen Weltkongresses, wertete die russischen Aggressionen als gezielte Kampfhandlungen zur Wiederherstellung der Sowjetunion. Die Ukraine sei ein Garant für den Frieden in Europa. Die Verteidigung der ukrainischen Grenzen diene nicht nur der Ukraine, sondern auch der Verteidigung der europäischen Außengrenzen sowie dem Erhalt europäischer Werte.

In der Diskussion sprachen sich Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) und Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) gegen eine einseitige, antirussische Betrachtung aus und bemängelten das Verfahren zur Benennung des ukrainischen Redners, der nicht angekündigt und nicht Teil des Podiums sei. Diese Ansicht wurde von Mitgliedern der französischen und der skandinavischen Delegation geteilt. Abgeordneter **Oleksii Skrypnyk** (Ukraine) bat um mehr Unterstützung der Ukraine durch die NATO-Mitgliedstaaten. Eine Mitgliedschaft in der NATO sei letztlich die einzige Sicherheitsgarantie für die Ukraine.

### V. Vortrag von Jean-Christophe Dumont, Leiter der Abteilung für Internationale Migration, OECD, zum Thema „Die Migrationskrise“

**Jean-Christophe Dumont** bezeichnete die Migrationsbewegungen als eine Sicherheits-, Humanitäts- und Vertrauenskrise. Unzählige Menschen hätten ihr Leben verloren. Europas Regierungen seien sich uneinig und engagierten sich sehr unterschiedlich. Das Bemühen Deutschlands, Schwedens und Österreichs für eine europäische Lösung der Krise sei besonders hervorzuheben. Die in Europa herrschende Vertrauenskrise gegenüber den europäischen Institutionen resultiere aus unerfüllten Versprechungen und der Tatsache, dass viele Debatten nicht mehr von moderaten Stimmen angeführt würden. In der Bevölkerung seien Vorbehalte entstanden, die den Blick auf die Vorteile der Migration versperrten. Die über 4,4 Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens, insbesondere im Libanon, in der Türkei und in Jordanien stellten ein politisches Pulverfass dar. Die aufnehmenden Staaten seien mit der Versorgung der Menschen überfordert. Dies gefährde die Region und deren Sicherheit. Eine adäquate Antwort auf diese Herausforderungen müsse die Schaffung von legalen Zugangswegen nach Europa und ein Konzept zur Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft beinhalten.

Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) legte den Schwerpunkt auf die Rückführung von Flüchtlingen als wichtiges Element des Wiederaufbaus. Er forderte bessere Abkommen mit den Ländern der MENA-Region. **Jean-Christophe Dumont** stimmte ihm zu und wies auf bestehende bilaterale Vereinbarungen hin. Er führte das Beispiel der Kapverdischen Inseln an, auf denen die rückgeführten Bürger beim Wiederaufbau des Landes eine zentrale Rolle gespielt hätten.

## 6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 28. Mai 2016, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Faik Öztrak** (Türkei). Zentrale Themen der Sitzung waren die europäischen Flüchtlingskrise und die Lastenteilung sowie die Herausforderungen für die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Sicherheit des transatlantischen Bündnisses.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## I. Vortrag von Professorin Milva Ikonomi, Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus und Handel der Republik Albanien, zum Thema „Die wirtschaftliche Situation in Albanien und auf dem weiteren Westbalkan“

Ministerin **Milva Ikonomi** berichtete, nach vielen Jahren der totalen Selbstisolierung habe Albanien wichtige wirtschaftliche Transformationsphasen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität durchlaufen. Die Wachstumsrate habe 2015 bei 2,7 Prozent gelegen, für 2016 habe die Weltbank rund 3,6 Prozent prognostiziert. Sie beschrieb das Programm der Regierung zur weiteren Modernisierung von Staat und Gesellschaft mit dem klaren Ziel der Integration in die europäischen Strukturen. Die Bekämpfung der Korruption in den Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie der organisierten Kriminalität hätten oberste Priorität. Die Regierung habe auch eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen umgesetzt bzw. eingeleitet, zum Beispiel die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer, eine Neuordnung des hoch verschuldeten Stromsektors sowie die Durchsetzung der Bezahlung von Steuern und Sozialabgaben. Sie erwähnte die internationale Unterstützung und Begleitung der großen Justizreform, unter anderem durch die EU-Mission EURALIUS. Sie wies auf die Bedeutung von ausländischen Direktinvestitionen hin. Das Geschäftsklima müsse weiter verbessert werden, beispielsweise durch Bürokratieabbau sowie mehr Rechtssicherheit. Sie sagte abschließend, für die Entwicklung des Westbalkans seien regionale Kooperation und Zusammenschlüsse sowie eine Politik der guten Nachbarschaft von zentraler Bedeutung. Als wichtige wirtschaftliche Entwicklungsfelder für die Region nannte sie den Energiesektor, die Infrastruktur und den Tourismus.

In der Diskussion betonte der Abgeordnete **Robert Hochbaum** (Deutschland) die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen der Hauptstadt Tirana und anderen, insbesondere ländlichen Gebieten. Er hinterfragte den Umfang der vorhandenen Schattenwirtschaft und die Steuerdisziplin in der Gesellschaft. **Professorin Milva Ikonomi** erklärte, es gebe sehr große Unterschiede in der Entwicklung der Regionen in Albanien. Im unterentwickelten Nordosten und Südosten wolle man zusammen mit der Weltbank stärker in Infrastruktur und Energieversorgung investieren. Die Regierung plane auch regionale wirtschaftliche Kooperationen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, dem Kosovo und Montenegro in den Bereichen Land- und Fortwirtschaft sowie Bergbau. Sie fuhr fort, seit 2015 führe die Regierung einen massiven Kampf gegen Informalität. Unternehmen müssten sich im Handelsregister eintragen, für Steuervergehen seien drastische Strafen eingeführt worden. Es werde aber noch einige Zeit dauern, bis das Steuersystem akzeptiert sei und zuverlässig funktioniere.

## II. Vortrag von Jean-Christophe Dumont, Leiter der Abteilung Internationale Migration der OECD, zum Thema „Die wirtschaftlichen Folgen der Migrationskrise“

**Jean-Christophe Dumont** informierte darüber, dass durch den Krieg in Syrien rund fünf Millionen Menschen auf der Flucht seien. Etwa 2,7 Millionen davon seien in der Türkei aufgenommen worden, mehr als eine Million im Libanon und 0,7 Millionen in Jordanien. In Europa seien im Jahr 2015 rund 1,3 Millionen Asylbewerber registriert worden; das entspreche einem Anteil von rund 0,3 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung. 67 Prozent dieser Flüchtlinge kämen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die Belastungen seien für die Länder sehr unterschiedlich gewesen, Schweden, Deutschland und Österreich hätten im Verhältnis die meisten Menschen aufgenommen. Er bezifferte die zusätzlichen Ausgaben für die Flüchtlinge mit 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland, 0,3 Prozent in Österreich und etwa 0,8 Prozent für die Türkei. Er fuhr fort, erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der europäischen Länder seien kurzfristig nicht zu erwarten. Nicht alle Flüchtlinge bekämen einen Asylstatus und stünden erst mittelfristig nach entsprechenden Qualifizierungen als Arbeitskräfte zur Verfügung. Er sah in einer multidimensionalen Verantwortungs- und Lastenteilung, auch auf nationaler und lokaler Ebene, einen entscheidenden Schlüssel zur Lösung der Probleme. Von großer Bedeutung sei auch eine erfolgreiche Integration der Menschen, die ihnen eine Perspektive biete. Integration müsse als eine Investition in die Zukunft verstanden werden. Die Fähigkeiten der Ankommenden sollten genutzt und weiter ausgebildet werden. Abschließend sagte er, die große Anzahl von unbegleiteten Minderjährigen sei alarmierend, die Ursachen dafür müssten ergründet und behoben werden. Auch sollten die Regierungen spezielle Programme zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger – wie Frauen mit Kindern und unbegleitete Minderjährige – entwickeln.

In der Diskussion thematisierten die Abgeordneten **Norica Nicolai** und **Georgios Kyrtsos** (beide Europäisches Parlament) das Problem von gescheiterten Staaten wie beispielsweise Libyen, die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen sowie den Zulauf von Bürgerinnen und Bürgern zu Extremisten und Populisten aufgrund der Situation. Der Abgeordnete **Nektarios Santorinios** (Griechenland) wies auf die besondere Situation seines Landes hin, die durch eine Wirtschafts- sowie eine Flüchtlingskrise entstanden sei. Der Abgeordnete **Göran Pettersson** (Schweden) warb für eine neutrale Betrachtung des emotionalen Themas.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ein geordnetes und abgestimmtes Verfahren zur Sicherung der Außengrenzen des Schengen-Raums und der Registrierung der Flüchtlinge vor deren Weiterreise sei dringend geboten. Die meisten der Menschen, die nach Europa kämen, seien Wirtschaftsmigranten, so der Abgeordnete **Bob Steward** (Vereinigtes Königreich). Häufig hätten sie falsche Papiere, was ein zusätzliches Sicherheitsrisiko sei. **Jean-Christophe Dumont** antwortete, Europa war auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Über Libyen kämen überwiegend afrikanische Flüchtlinge. Das sei ein anderes Problem als die Konflikte in Syrien und im Irak, daher würden auch unterschiedliche Lösungen benötigt. Er warb für eine gesteuerte Migration mit mehr legalen Einreisemöglichkeiten.

## III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Die enge Verflechtung von Korruption und Sicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Richard Benyon (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatter Abgeordneter **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) erklärte eingangs, Korruption, Unsicherheit und Konflikte seien untrennbar miteinander verknüpft. Der Berichtsentwurf zeige Effekte auf, die Korruption auf die Legitimität von Regierungshandeln, Stabilität und Entwicklung habe. Korruption verschärfe Armut, schrecke Investoren ab, verhindere Innovationen und verzerre Marktmechanismen. Grassierende Korruption münde daher zwangsläufig in eine Form gesellschaftlichen Zerfalls, der manche Menschen in die Arme von Extremisten treibe. Korruption stelle daher einen kritischen Bedrohungsmultiplikator da. Aus diesem Grunde müsse die Korruptionsbekämpfung in der Außenpolitik der westlichen Länder stärker in den Vordergrund gerückt werden. Sie sei auch eine Möglichkeit, an die Ursachen von Terrorismus, Unterentwicklung und Instabilität heranzugehen. Er sah hier einen Schwerpunkt für westliche Entwicklungshilfe. Er ergänzte abschließend, eine notwendige Reform der Polizei sei für die Legitimität eines Staates in den Augen der Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung.

In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **Mikayel Melkumyan** (Armenien) die Kluft zwischen bestehenden Rechtsvorschriften und administrativem Handeln. Berichterstatter Abgeordneter **Richard Benyon** erklärte, politische und wirtschaftliche Reformen müssten Hand in Hand gehen. Ein stabiles Umfeld sei entscheidend, ansonsten wandere die Korruption in einen anderen Bereich ab. Die Abgeordneten **Bob Steward** (Vereinigtes Königreich) und **Juri Bereza** (Ukraine) fragten nach den Verhältnissen in Russland. Abgeordneter **Richard Benyon** antwortete, Russland setze seine Energielieferungen als außenpolitisches Mittel ein. Auch hätten die Berichte über die *Panama Papers* die Praktiken vieler russischer Offshore-Firmen offengelegt. Mit Bezug auf das in den USA verabschiedete Gesetz – den sogenannten *Magnitsky Act* – erklärte er, Parlamentarier könnten so der Herausforderung begegnen, belasteten Personen die Einreiseerlaubnis entziehen und deren Vermögen und Konten sperren. Auch der Europarat habe mit der Resolution 1966 empfohlen, ähnliche Sanktionen zu verhängen.

## IV. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Die wirtschafts- und sicherheitspolitischen Folgen der Migrationskrise“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Ossur Skarphendinsson (Island)

Berichterstatter Abgeordneter **Ossur Skarphendinsson** (Island) leitete ein, der Bericht beleuchte die wichtigsten Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte, enthalte eine Analyse der Wirkungen auf die Frontstaaten, zeige Sicherheitsaspekte und die unzureichende Lastenteilung auf. Das letzte Kapitel enthalte Antworten auf die und Auswege aus der Krise. Der Krieg in Syrien habe inzwischen eine große sicherheitspolitische Dimension angenommen, erklärte der Berichterstatter. Der massive Flüchtlingsstrom destabilisiere die Nachbarländer Libanon und Jordanien erheblich, da deren Aufnahmekapazitäten am Limit seien. Auch trage die Türkei eine große Last. Er fuhr fort, die Migrationskrise stelle Europa vor erhebliche wirtschaftliche, gesellschaftliche sowie politische Herausforderungen. Die massive und unkontrollierte Bewegung von Menschen habe gravierende Schwächen in den europäischen Asyl- und Grenzkontrollsystemen offengelegt. Europa habe bisher nur mit einer Reihe von Notlösungen reagiert. Es seien jedoch langfristige Maßnahmen notwendig und die Lasten müssten gerechter verteilt werden. Abschließend sagte er, die Unterstützung für die Frontstaaten müsse ausgeweitet werden und die Länder des Westens müssten mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wichtig sei, den Flüchtlingen eine Perspektive im Gastland zu geben, Integration und Beschäftigung seien nicht voneinander zu trennen. Er warb für strukturierte Integrationsprogramme wie beispielsweise in Schweden. Auch müssten vereinfachte Verfahren für die Bewertung von Fertigkeiten, Qualifikationen und Erfahrungen der Flüchtlinge entwickelt werden.

In der Diskussion merkte der Abgeordnete **Sébastian Pirlot** (Belgien) an, im Berichtsentwurf fehle der Aspekt, dass der Migrationsfluss von Terroristen genutzt werde. Berichterstatter Abgeordneter **Ossur Skarphendinsson** erklärte, aus den terroristischen Angriffen habe man gelernt, dass eine Ursache die mangelhafte Koordination der Nachrichtendienste, auch in Belgien selbst, gewesen sei. Der Abgeordnete **Dimitrios Kammenos** (Griechenland)

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

erklärte, die Integration werde erschwert durch die Unterschiede in der Kultur sowie im Rechts- und Wirtschaftssystem in den Ländern der MENA-Region. Der Abgeordnete **James Sensenbrenner** (Vereinigte Staaten) thematisierte die VN-Definition von Flüchtlingen. Es sei ein Fehler, diese schutzwürdige Gruppe nicht von Wirtschaftsmigranten zu differenzieren, was zu einem Erstarken der populistischen Parteien in Europa führe. Der Abgeordnete **Francis Hillmeyer** (Frankreich) forderte mehr Solidarität innerhalb Europas. Abgeordneter **Ossur Skarphendinsson** erklärte abschließend, in der Unterscheidung von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten liege für die Regierungen ein zentraler Schlüssel zur Lösung der Probleme.

### V. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Haushaltspolitische und finanzielle Auswirkungen der neuen Herausforderungen für die transatlantische Sicherheit“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) erinnerte an die Entscheidung beim NATO-Gipfel von Wales im Jahr 2014, die Ausgaben für Verteidigung mittelfristig auf zwei Prozent des BIP anzuheben und einen Mindestanteil von 20 Prozent für die Beschaffung von militärischem Gerät sowie die damit verknüpfte Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Die Sicherheitslandschaft in Europa sei inzwischen gefährlich instabil. Daher müssten höhere Ausgaben für die Entwicklung der benötigten Kapazitäten getätigt werden. Ein anderes Thema sei, dass der Verteidigungshaushalt der USA inzwischen 70 Prozent der gesamten Ausgaben der NATO ausmache. Dem Thema gerechtere Lastenteilung komme daher zukünftig eine besondere Bedeutung zu. Er warb abschließend für eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Beschaffungsbereich. Man müsse im weiteren europäischen Kontext denken und nicht nur kurzfristige nationale Interessen in den Vordergrund stellen.

Der Abgeordnete **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) fragte aufgrund des konfliktbeladenen Verhältnisses zu Russland, ob eine Chance verpasst worden sei, die NATO um Russland zu erweitern. Senator **Jean-Marie Bockel** entgegnete, in früheren Zeiten möge das eine Option gewesen sein. Aktuell würde eine engere Zusammenarbeit vom Verhalten Russlands abhängen. Der Präsident der Versammlung **Hon. Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) sagte, die Lastenteilung habe oberste Priorität für das Bündnis. Notwendig seien Investitionen in Infrastruktur, um den logistischen und militärischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Initiative zur Rückversicherung der Verbündeten in Europa sei ein gutes Beispiel für eine entsprechende Entwicklung.

### VI. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, Abgeordneter **Menno Knip** (Niederlande), kündigte eine Reise nach Washington D.C. und Chicago an. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“, Abgeordneter **Francis Hillmeyer** (Frankreich), informierte, es seien eine Reise nach Kanada und in die USA sowie ein Besuch in Kiew geplant.

## 7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Sonntag, 29. Mai 2016, in Tirana unter dem Vorsitz von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) zusammen, um die Themen Albanien als Drehkreuz für Erdgas, verstärkte Abschreckung und Rüstungskontrolle in Europa, luftgestützte Aufklärung und Überwachung, Nukleardeal mit dem Iran, Bedrohung durch die Terrormiliz des sogenannten IS sowie atomaren, biologischen, chemischen und radioaktiven (ABCR-)Terrorismus zu beraten.

### I. Vortrag von Damian Gjiknuri, Minister für Energie und Industrie der Republik Albanien, zum Thema „Albanien als potentieller Hub für den Südlichen Gaskorridor“

Minister **Damian Gjiknuri** betonte einleitend, dass Albaniens Bemühungen um Diversifizierung der Energieversorgung für sein Land überlebensnotwendig seien. Für die NATO-Mitglieder stehe Energiesicherheit ebenfalls ganz oben auf der Prioritätenliste und dazu gehöre, die Abhängigkeit einiger Bündnispartner von Gaslieferungen aus Russland zu verringern. Auch die EU müsse mit ihrer Strategie zur Energiesicherheit die Diversifizierungsbemühungen stärker unterstützen. Der Südliche Gaskorridor leiste dazu einen entscheidenden Beitrag; die beiden Bestandteile – die Trans-Anatolische und die Trans-Adriatische Pipeline – lägen nach anfänglichen Schwierigkeiten im Kosten- und Zeitplan. Mit dem Erdgas aus Aserbaidschan und dem Kaspischen Meer werde Europa nachhaltig mit Energie versorgt. In Albanien selbst werde auf Wasserkraft gesetzt, aufgrund der Klimaveränderungen sprudele diese Energiequelle jedoch unzuverlässiger als früher, so dass zunehmend in Wind- und Sonnenenergiegewinnung investiert werde. Vor der Küste Albaniens seien Gasvorkommen gefunden worden, so dass

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sich sein Land als Hub für den Südlichen Gaskorridor geradezu anbiete. Abschließend plädierte er dafür, trotz der gegenwärtig niedrigen Energiepreise nicht auf Investitionen in diesem Bereich zu verzichten.

Die Diskussion leitete Abgeordneter **Perparim Spahiu** (Armenien) mit der Frage ein, inwieweit Albanien das Ziel, seinen Energiebedarf bis 2025 mit erneuerbaren Energien zu decken, erreichen könne. Minister **Damian Gjiknuri** erwiderte, dass Albanien bereits jetzt dank der Wasserkraft auf sehr gutem Weg sei und den Bau weiterer Staudämme plane. Auf die Frage der Abgeordneten **Malahat Ibrahimgizis** (Aserbaidschan), ob der Pipelinebau tatsächlich in Albanien so viele Arbeitsplätze geschaffen habe, antwortete Minister **Damian Gjiknuri**, das sei in der Tat der Fall – die immensen Investitionen hätten das bewirkt. Den Abgeordneten **Philippe Vitel** (Frankreich) interessierte es zu erfahren, welchen Stellenwert die Kernenergie in Albanien habe. Miniter **Damian Gjiknuri** erläuterte, dank des starken und weiter steigenden Anteils Erneuerbarer an der Energieerzeugung seines Landes verzichte Albanien komplett auf Kernenergie. Bei der regionalen Energiezusammenarbeit verwies der Minister auf die Interkonnektivitätsagenda mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, dem Kosovo und Montenegro. Generell bemühe sich Albanien um eine Harmonisierung der regionalen Energiemärkte im Sinne einer Effizienz- und Wettbewerbssteigerung.

## II. Vortrag von Elbridge A. Colby, Robert Gates Senior Fellow am Center for New American Security, und von Lukasz Kulesa, wissenschaftlicher Leiter beim European Leadership Network, zum Thema „Verstärkte Abschreckung und verbesserte Rüstungskontrolle in Europa“

**Lukasz Kulesa** begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass Russland in Europa offensichtlich die Konfrontation suche. Deshalb müsse sich die NATO kurzfristig auf die Abschreckung von und längerfristig auf die Rüstungskontrolle mit Russland einstellen. Auf den neuesten Stand gebrachte, mit Leben erfüllte Rüstungskontrollabkommen könnten dem Bündnis dabei helfen. Historisch betrachtet hätten Rüstungskontrollmechanismen zur Transparenz und strategischen Stabilität beigetragen, jedoch seien sowohl der INF- wie auch der KSE-Vertrag durch das jüngste Vorgehen Russlands beschädigt worden. Mit dem deutlichen Willen zur Rüstungskontrolle könnte die Allianz Russland signalisieren, dass sie Spannungen beilegen möchte, woran Russland momentan jedoch kein gesteigertes Interesse zu haben scheine. Bei den geltenden Rüstungskontrollabkommen gebe es viele sinnvolle Bestimmungen als Grundlage für eine modifizierte Fortschreibung der Verträge. Zusätzlich könnten eine bessere Vorhersehbarkeit und die Vorankündigung von Militärmanövern in die Verträge einfließen. **Elbridge A. Colby** führte ergänzend zu seinem Vorredner aus, dass Russland die NATO als Bedrohung empfinde und statt auf eine militärische Konfrontation eher auf eine Unterminierung ihrer Werte und Glaubwürdigkeit abziele.

Abgeordneter **Tevan Poghosyan** (Armenien) leitete die Diskussionsrunde mit der Frage ein, um wieviel Prozent Russland seine Militärausgaben erhöht habe. **Elbridge A. Colby** bezifferte die Erhöhung mit 200 Prozent in den vergangenen zehn Jahren, was weit über den Steigerungen bei den NATO-Mitgliedern liege. Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) bat den Referenten um konkrete Auskunft, welche Waffen Russland verstärkt dislozierе. **Elbridge A. Colby** erwiderte, dass es im wesentlichen konventionelles Gerät – Panzer, Helikopter – sei, von dem manche Länder glaubten, diese veralteten Technologien würden nicht mehr benötigt. Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) bestätigte den militärischen Aufwuchs Russlands im Osten des NATO-Gebietes und warnte davor, dass Putin das Entgegenkommen des Westens als Schwäche auslege. In die gleiche Richtung ging die Anmerkung des Abgeordneten **Andrius Mazuronis** (Litauen), der mehrere militärische Provokationen Russlands sowie dessen hybride Kriegsführung kritisierte und fragte, was die russische Führung mehr herausfordere: zu viel Stärke oder zu viel Schwäche, und wie eine glaubwürdige Abschreckung aussehen könne. **Lukasz Kulesa** bestätigte, dass die NATO angemessen reagieren müsse und verwies auf Artikel 5 des Vertrages. Konkret empfahl er neben der Stationierung von Soldaten und Kurzstreckenwaffen die Bereitschaft, mit Russland zu verhandeln.

## III. Bemerkungen von Jan Arild Ellingsen (Norwegen) zum Thema „Zukünftige Aktivitäten bei der Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie“

Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) betonte als Vorsitzender des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ wie wichtig es sei, den grundlegenden technologischen Wandel zu analysieren, und schlug deshalb vor, sich mit folgenden Fragen zu befassen: Können die Technologietrends innerhalb der nächsten 20 Jahre das strategische Gleichgewicht stören? Welche Trends begünstigen NATO-Länder und welche bewirken das Gegenteil? Wie soll das Bündnis damit umgehen?

Die Ausschussmitglieder befürworteten die Unterausschussbefassung mit diesen Themen und billigten zugleich seinen Vorschlag, dass leitende Wissenschaftler der NATO ihnen dazu Empfehlungen geben sollten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die zukünftige luftunterstützte Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Zunächst erinnerte Generalberichterstatter Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) daran, dass beim NATO-Gipfel von Wales Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung (ISR) als oberste Priorität genannt worden sei – als Konsequenz der Defizite im Libyeneinsatz. Gegenwärtig sehe sich die NATO konventionellen und asymmetrischen Bedrohungen gegenüber: durch die Besetzung der Krim im Osten und Terrorgruppen im Süden. Als Antwort darauf habe das Bündnis beschlossen, die ISR-Fähigkeiten besser miteinander zu vernetzen. Die nächste Systemgeneration müsse über Tarn- und Laserfähigkeiten verfügen. Auch seien neue Methoden zu erarbeiten, um die *big data* zielgerichtet auswerten zu können. Neue Materialien könnten in Zukunft die IRS-Flugzeuge dauerhafter flugfähig und zum Aufspüren von beispielsweise Menschen- und Waffenschmuggel einsatzfähiger machen.

## V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Das iranische Atomprogramm: wie soll es nach dem Deal weitergehen?“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Abgeordneter Osman Askin Bak (Türkei), vorgestellt vom Abgeordneten Sven Mikser (Estland)

Für den verhinderten Sonderberichterstatter stellte Abgeordneter **Sven Mikser** (Estland) den Bericht zum iranischen Atomdeal vor. Mit dem Deal sei ein historischer Wendepunkt erreicht. Komme der Iran seinen Verpflichtungen nach, dann sei der Weg frei für eine rein friedliche Nutzung der Kernenergie. Die Umsetzungsphase sei allerdings hoch komplex und setze Einigkeit im Bündnis voraus. Kurzfristig bewirke das Abkommen Verifikationsmaßnahmen, ob der Iran Kernwaffen entwickle, langfristig eröffne sich damit die Möglichkeit für konstruktive Beziehungen. Die Gegner des Deals im amerikanischen Kongress wie im Iran könnten weiter die Umsetzung zu verhindern versuchen; deshalb sollten die Unterstützer Zusammenhalt zeigen. Schließlich würde ein besseres Verhältnis zum Iran deutlich zur Lösung der Krisen im Nahen Osten beitragen.

Als erster fragte Senator **Jacques Gauthier** (Frankreich), warum das Abkommen im US-Kongress noch nicht ratifiziert worden sei. Unmittelbar dazu antwortete Abgeordneter **James Sensenbrenner (**Vereinigte Staaten), die Zurückhaltung sei dadurch begründet, dass bei Vertragsabschluss der Kongress übergangen worden sei. Er persönlich lehne den Deal ab, weil die Kontrollmechanismen nicht ausreichend seien. Auch fürchte er, dass die dann „aufgetauten“ Guthaben zur Unterstützung des internationalen Terrorismus verwendet würden. Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) bezeichnete es als undemokratisch, wenn der Nachfolger Präsident Obamas nach der Wahl den Vertrag in Frage stellen sollte.

## VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Atomarer, biologischer, chemischer und radioaktiver (ABCR) Terrorismus: der Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates und künftige Herausforderungen“, vorgelegt von der Berichterstatterin Maria Martens (Niederlande)

Auch in Europa, so leitete Berichterstatterin Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) ihren Bericht ein, sei ein Terroranschlag mit ABCR eine echte Gefahr, weil Terroristen mit diesen Waffen möglichst viele Menschen töten und möglichst viel Panik verbreiten wollten. Die Terrormiliz des sogenannten IS habe beispielsweise zahlreiche einschlägig ausgebildete Hochschulabsolventen in ihren Reihen. Ferner verfüge diese Terrormiliz über ausreichend Geld und moderne Produktionsanlagen, habe chemische Waffen auch bereits im Irak eingesetzt. Deshalb müssten die Länder ihr Material sicher aufbewahren und denjenigen Ländern Hilfe anbieten, die nicht entsprechend ausgestattet seien. Ein Riesenproblem liege darin, dass die Beschaffung entsprechender Substanzen über das Netz immer einfacher und billiger werde. Demgegenüber seien die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen veraltet und hinkten den rasanten Entwicklungen hinterher.

In der Diskussion zeigte sich Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) besorgt darüber, dass der sogenannte IS über diese ABCR-Mittel verfüge. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) bat um Ergänzung des Berichtsentwurfs um die Punkte neueste Technologien zum Aufspüren der Stoffe und Detaillierung über die *dual use*-Auswirkungen. Abgeordnete **Malahat Ibrahimgizi** (Aserbaidschan) erkundigte sich nach Einzelheiten über die hinter dem ABCR-Waffenhandel steckende Organisierte Kriminalität und wollte wissen, welche Länder konkret benannt werden könnten. Dazu konnte die Berichterstatterin keine präzisen Angaben machen. Abgeordneter **Domenico Scilipoti** (Italien) ergänzte, dass es leider sehr einfach sei, radiologisches Material, beispielsweise aus Krankenhausabfall, zu gewinnen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

### VII. Zukünftige Aktivitäten

Die Ausschussvorsitzende **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) informierte die Ausschusskollegen über die beiden noch ausstehenden Besuche im Jahr 2016.

## 8. Plenarsitzung

Am Montag, 30. Mai 2016, tagte unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Hon. Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), das Plenum. Themen der Debatten waren das Verhältnis zur Russischen Föderation sowie die Aufnahme Montenegros in die NATO.

### I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Hon. Michael R. Turner (Vereinigte Staaten)

Präsident **Hon Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) erklärte, die Ausrichtung der Frühjahrstagung der NATO PV in Albanien sei bezeichnend für die enorme Entwicklung, die das Land in den letzten 25 Jahren gemacht habe. Er begrüßte die anstehende Mitgliedschaft Montenegros in der Allianz, die ein weiteres wichtiges Signal an die Region des Westbalkans gebe. Die russische Führung versuche die Wertegemeinschaft der Allianz zu spalten. Er rief die Mitglieder der Versammlung auf, sich für eine starke NATO einzusetzen. Die NATO müsse mehr tun als in der Vergangenheit. Das aggressive Vorgehen der Russischen Föderation müsse „einen Preis haben“. Er forderte die Staats- und Regierungschefs auf, sich beim NATO-Gipfel in Warschau für den Ausbau der konventionellen und nuklearen Abschreckung einzusetzen sowie die kollektive Verteidigung als die erste und wesentliche Aufgabe der NATO zu bestätigen.

### II. Ansprachen des Parlamentspräsidenten der Republik Albanien, Ilir Meta, und des Premierministers der Republik Albanien, Edi Rama

Parlamentspräsident **Ilir Meta** begrüßte die zukünftige NATO-Mitgliedschaft Montenegros. Von Beginn an habe Albanien den Beitritt unterstützt, der eine weitere Stabilisierung des Westbalkans und ein strategischer Gewinn für die Allianz sei. Premierminister **Edi Rama** schilderte die Anstrengungen seines Landes in den letzten Jahren. Die albanische Bevölkerung habe lange Zeit „nur überlebt“. Erst die NATO-Mitgliedschaft 2009 habe wesentliche Veränderungen staatlicher Strukturen ermöglicht. Albanien setze auf eine integrative Gesellschaft, die verschiedene Ethnien gesellschaftlich einbinde. Er bezeichnete die aktuelle albanische Verteidigungsministerin Mimi Kodheli als eine Vorreiterin, die bewiesen habe, wie gewinnbringend Gleichstellung gesamtgesellschaftlich sei. Er appellierte an die britischen Delegierten, sich für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU einzusetzen. Das Vereinigte Königreich sei für Albanien ein wichtiger Partner auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft, insbesondere im Bereich Justizreformen. Albanien glaube an das Potenzial Europas.

### III. Ansprache des Premierministers von Montenegro, Milo Djukanovic

Premierminister **Milo Djukanovic** erinnerte an die erste Teilnahme einer montenegrinischen Delegation an einer NATO PV-Tagung in Berlin im Herbst 2000. In den letzten 25 Jahren habe sein Land trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation beachtliche Fortschritte erzielt und die Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft geschaffen. Er appellierte an die Delegierten, sich für eine zügige Ratifizierung des Beitrittsprotokolls einzusetzen. Traditionell unterhalte sein Land gute Beziehungen zur Russischen Föderation. Er unterstrich, dass ein souveränes Land selbst über die Ausrichtung und den Abschluss von Bündnissen entscheiden könne. Die Mitgliedschaft in der NATO bedeute für Montenegro vorrangig eine Werteentscheidung und sei ein erster Schritt in die euroatlantische Gemeinschaft. Im Falle eines Referendums würden sich nur 55 Prozent der Bevölkerung für eine Mitgliedschaft aussprechen, daher müsste noch viel mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Situation im Westbalkan sei besser als in der Vergangenheit, in der sich die Staaten in unterschiedliche Richtung orientiert hätten. Heute seien alle Hoffnungen auf die EU und die NATO gerichtet.

### IV. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Abgeordneter Marc Angel (Luxemburg)

Der Schatzmeister der Versammlung, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg), stellte den Jahresbericht und einen Vorschlag zur Verwendung des im Jahr 2015 erzielten Überschusses vor. Er gab einen Überblick über die Ausgaben der Mittel des laufenden Jahres und präsentierte die Jahresabschlussberichte 2015 des Generalsekretärs. Die Finanzdokumente wurden ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## V. Ansprache des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO, Botschafter Alexander Vershbow (Vereinigte Staaten)

Der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Botschafter **Alexander Vershbow** (Vereinigte Staaten), sprach sich für die Fortsetzung der NATO-Politik der „Offenen Tür“ aus. Die künftige NATO-Mitgliedschaft garantiere Montenegro langfristig Stabilität und Sicherheit. Albanien profitiere durch seine Nachbarschaft an der nördlichen Grenze von dem Beitritt. Die Geschichte habe gezeigt, dass sich Staaten anhand der NATO-Mitgliedschaft erfolgreich transformieren könnten und demokratische Institutionen, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Freiheit des Einzelnen gestärkt würden. Der Beitrittsprozess bilde darüber hinaus die Grundlage für wirtschaftliche Prosperität. Er sei überzeugt, dass die euroatlantische Integration der Schlüssel für Stabilität in der Balkanregion sei. Mit Blick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel in Warschau betonte er, die NATO habe sowohl den Herausforderungen aus dem Osten als auch aus dem Süden zu begegnen. Beim NATO-Gipfel in Wales seien wichtige Entscheidungen getroffen worden, beispielsweise die Unterstützung und Ausbildung afghanischer und irakischer Sicherheitskräfte, die Zusammenarbeit mit Jordanien im Bereich der Cyber-Verteidigung sowie die Unterstützung Libyens bei der Errichtung funktionsfähiger Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen.

## VI. Beratung des Erklärungsentwurfs „Eine einheitliche und entschlossene Agenda für die NATO beim Gipfel von Warschau“, vorgelegt von der Abgeordneten Nicole Ameline (Frankreich) und dem Abgeordneten Ojars Eriks Kalnins (Lettland)

Die Vorsitzende des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit, Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich), und der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland), legten den gemeinsamen Entwurf einer Erklärung vor, der nach einer umfassenden Debatte und zahlreichen Änderungen einstimmig verabschiedet wurde.

Berlin, den 17. Dezember 2018

**Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB**
Leiter der Delegation

**Minister Lorenz Caffier (Bundesrat)**
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| ABCR-Terrorismus | atomarer, biologischer, chemischer und radioaktiver Terrorismus |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| BSP | Bruttosozialprodukt |
| EU | Europäische Union |
| EURALIUS | European Assistance Mission to the Albanian Justice System (Europäische Mission zur Unterstützung des albanischen Justizsystems) |
| FRS | Fondation pour la recherché statégique (Stiftung für strategische Forschung) |
| INF | Intermediate-Range Nuclear Forces (Nuklearwaffen mittlerer Reichweite) |
| IS | Islamischer Staat |
| ISR | Intelligence, Security and Reconnaissance (Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung) |
| KSE-Vertrag | Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa |
| MENA | Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika) |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation) |
| NATO PV | Parlamentarische Versammlung der NATO |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) |
| VN | Vereinte Nationen |

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

## Anlage

**E r k l ä r u n g 428**

betreffend

**Eine geeinte und entschlossene Agenda für die NATO bei Gipfel von Warschau***

Präambel

*i.* *Am 8. und 9. Juli 2016 kommen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten in Warschau zusammen, um das gesamte Spektrum an Herausforderungen, denen sich die Verbündeten gegenübersehen, und die Rolle der NATO bei der Bekämpfung dieser Herausforderungen zu erörtern.*

*ii.* *In den letzten beiden Jahren hat sich das strategische Umfeld drastisch verändert. Mit seiner Aggression gegenüber der Ukraine und der rechtswidrigen Annexion der Krim sowie der fortwährenden rechtswidrigen Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und der Tschkinvali-Region (Südossetien) at Russland die über 25 Jahre reichenden Bemühungen der Verbündeten um den Aufbau einer echten strategischen Partnerschaft mit einem Schlag zunichte gemacht. Die jüngsten Aktionen Russlands beinhalteten auch weitere Formen der Einschüchterung seiner Nachbarn, gefährliches Verhalten und Provokationen gegenüber den Verbündeten, zahlreiche Verstöße gegen internationalen Normen und ein umfassendes Nachrüstungsprogramm. Die NATO hält ihre Tür nach wie vor durchgehend für den Dialog offen, und wir begrüßen die kürzlich durchgeführte Sitzung des NATO-Russland-Rats, soweit dies das gemeinsame Interesse am Dialog zum Ausdruck bringt. Gleichwohl hat dieser Dialog bislang keine konkreten Ergebnisse strategischer Natur hervorgebracht. Dessen ungeachtet begrüßen wir die weiteren Bemühungen um die Förderung eines Dialogs, den wir als am besten geeigneten Weg zum Abbau der derzeitigen Spannungen betrachten.*

*iii.* *Gleichzeitig bedrohen die fortwährenden Konflikte und die Instabilität in der südlichen Nachbarschaft des Bündnisses von Libyen bis in den Irak und nach Syrien und darüber hinaus in dem Krisenbogen von Pakistan bis zum Golf von Guinea direkt die Sicherheit unserer Bürger und sogar die globale Sicherheit. Sie bilden den Nährboden für den so genannten „IS“ und andere Terrorgruppen, die große Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht haben und deren hasserfüllte Ideologie nach wie vor einige unserer eigenen Bürger anlockt. Darüber hinaus haben sie zu einer humanitären Katastrophe und zur größten Massenmigration seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Die NATO braucht eine umfassende Strategie zur Unterstützung der Stabilität im Süden.*

*iv.* *In Afghanistan unterstützt die NATO weiterhin die Entwicklung des Rahmens und der Institutionen, die die Sicherheit des afghanischen Volkes gewährleisten und gleichzeitig dafür sorgen werden, dass Afghanistan keine Unsicherheit mehr exportiert.*

*v.* *In dem komplexen Sicherheitsumfeld von heute kann keine dieser Herausforderungen für sich allein bewältigt werden. Die NATO ist nicht zwangsläufig der einzige oder am besten geeignete Rahmen. Diese Herausforderungen sind vielmehr Teil eines breiteren Spektrums an Bedrohungen und Gefahren, die wir gemeinsam bekämpfen und in Zusammenarbeit mit anderen, insbesondere der Europäischen Union (EU), bekämpfen müssen. Zu diesen Herausforderungen zählen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, verschiedene Formen von Schmuggel und der organisierten Kriminalität, Cyber-Angriffe und Bedrohungen für die Energiesicherheit und Umwelt.*

*vi.* *Die Hauptverantwortung unserer Regierungen und Parlamente ist die Gewährung von Sicherheit für die Menschen. Die vorliegende Erklärung spiegelt den Konsens unter den gewählten Vertretern der 28 NATO-Mitgliedsparlamente in Bezug auf die Frage wider, wie wir dafür sorgen können, dass unser Bündnis auch*

* Vorgelegt vom Ständigen Ausschuss und verabschiedet von der Plenarversammlung am Montag, 30. Mai 2016, in Tirana (Albanien).

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

*in Zukunft als Eckpfeiler der Sicherheit unserer Völker fungiert. Aufbauend auf den beim Gipfel von Wales 2014 dargelegten wichtigen Grundlagen muss der Gipfel von Warschau deutlich machen, dass das Bündnis geeint und unteilbar und darauf vorbereitet und in der Lage ist, das gesamte Spektrum an Herausforderungen für unsere Sicherheit rundum zu bewältigen.*

****

Die Versammlung,

1. ***unter Hinweis darauf***, dass die Hauptaufgabe der NATO die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder in Europa und Nordamerikas ist und dass alle Verbündeten auch in Zukunft dem in Artikel 5 des NATO-Vertrags enthaltenen Grundsatz verpflichtet sind, dass ein Angriff gegen einen ein Angriff gegen alle darstellt;

2. ***bedauernd*,** dass der NATO aufgrund der Gewaltanwendung von Seiten Russlands gegen seine Nachbarn und des Versuchs, NATO-Mitglieder einzuschüchtern, nichts anderes übrig bleibt, als die Möglichkeit eines aggressiven Vorgehens Russlands gegen ein Mitglied des Bündnisses als potenzielle Bedrohung aufzufassen und angemessene und verhältnismäßige Reaktionen zu entwickeln;

3. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass diese Maßnahmen nicht provokanter Natur sein und im Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte stehen sollen, auch wenn Russland gegen die Bestimmungen dieser Akte verstößt, und die Tür für den Dialog offen halten sollen;

4. ***zur Kenntnis nehmend***, dass Konflikte und das Scheitern von Staaten in der südlichen Nachbarschaft des Bündnisses, d.h. von Libyen bis in den Irak und nach Syrien, die Sicherheit ihrer Bürger unmittelbar bedrohen, da dadurch Terrorismus, Menschenhandel und andere Formen des Schmuggels sowie die Massenmigration gefördert werden;

5. ***überzeugt***, dass die NATO über die Verteidigung ihrer Mitglieder hinaus auch eine Aufgabe bei der Bekämpfung der Ursachen und Folgen dieser Instabilität gemeinsam mit anderen zu erfüllen hat, so wie sie es weiterhin im Westbalkan und in Afghanistan tut;

6. ***in der festen Überzeugung***, dass die Sicherheit der NATO-Mitglieder unteilbar ist und sich alle an der Bekämpfung der gemeinsamen Herausforderungen beteiligen, ihrer Mitverantwortung in Bezug auf die konventionelle, atomare und raketengestützte Verteidigung im angemessenen Rahmen gerecht werden und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen müssen;

7. ***herausstellend***, dass die Reaktion der NATO auf Bedrohungen in ihrem Bekenntnis zur Freiheit des Einzelnen, zu den Rechten von Männern, Frauen und Kindern sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begründet liegt;

8. **FORDERT** die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**, bei ihrem Gipfeltreffen in Warschau

a. dafür zu sorgen, dass alle 28 NATO-Mitglieder auch in Zukunft denjenigen Mitgliedern ein Gefühl der Sicherheit vermitteln, die das Gefühl haben, dass ihre Sicherheit bedroht ist, und dabei den Schwerpunkt insbesondere auf die Ost- und Südflanken des Bündnisses zu legen;

b. den politischen, militärischen und institutionellen Anpassungsprozess der NATO durch Stärkung der konventionellen und atomaren Verteidigung und Verbesserung der robusten, ausgewogenen und fortwährenden Vornepräsenz auf der Grundlage von Rotationen und Krisenreaktionsvereinbarungen fortzuführen mit dem Ziel, potenziellen Aggressoren zu verdeutlichen, dass der Bedrohung eines NATO-Mitglieds mit äußerster Entschlossenheit und der gesamten Kampfkraft des Bündnisses entgegengetreten wird;

c. die Bereitschaft der NATO zu stärken und zu diesem Zweck die Häufigkeit und den Umfang von Übungen auf der Grundlage von Artikel-5-Szenarien zu erhöhen, ihre Fähigkeit zur Antizipierung von Krisen zu erweitern, ihre Reaktion auf die hybride Kriegführung zu verbessern und ihre Fähigkeit zur Durchführung von Operationen in einem Umfeld, in dem so genannte „Anti-Access/Area-Denial"-Systeme („A2/AD"-Systeme) zum Tragen kommen;

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

d. die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern Schweden und Finnland weiter auszubauen, um das Lagebewusstsein über die Sicherheitslage in der Ostseeregion und die weitere Interoperabilität auszubauen;

e. zu bekräftigen, dass das Schwarze Meer nach wie vor eine wichtige Komponente der euroatlantischen Sicherheit darstellt, die Sicherheitslage im Schwarzen Meer weiterhin zu beobachten und zu bewerten und die Zusammenarbeit mit Georgien, der Ukraine und der Republik Moldau in dieser Frage auszubauen;

f. eine flexible und verantwortliche Haltung zu bewahren und die NATO in die Lage zu versetzen, auf alle Herausforderungen ungeachtet ihres Ursprungs zu reagieren und die Fähigkeit des Bündnisses zu erhalten, seine drei Kernaufgaben zu erfüllen;

g. Vereinbarungen zu unterstützen, die dafür sorgen, dass alle NATO-Mitglieder die Lasten der Verteidigung gemeinsam tragen, und die Bemühungen um den Abbau der Ungleichheit bei den Verteidigungsausgaben unter den NATO-Mitgliedern zu verstärken und die in Wales vereinbarten Leitlinien in Bezug auf Verteidigungsausgaben und Investitionen vor dem ursprünglich geplanten Termin und bis spätestens 2020 zu erfüllen;

h. eine umfassende Strategie für die Unterstützung der Stabilität in der südlichen Nachbarschaft des Bündnisses zu entwickeln;

i. sofern erwünscht die Unterstützung von Partnern und regionalen Organisationen in Nordafrika und im Nahen Osten auszubauen, um ihre Fähigkeit zu stärken, die Herausforderungen in ihrer Nachbarschaft zu bewältigen und Seite an Seite mit der NATO zu operieren;

j. die Ausweitung bilateraler und multilateraler Partnerschaften, insbesondere mit den Vereinten Nationen für einen umfassenden Ansatz, sowie mit regionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union, dem Golf-Kooperationsrat und der Arabischen Liga anzustreben;

k. über weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen der internationalen Anti-IS-Koalition nachzudenken;

l. sich auf eine mögliche Bitte der libyschen Regierung der Nationalen Einheit um angemessene Unterstützung einschließlich sicherheitspolitischer Unterstützung und Terrorismusbekämpfung einzustellen;

m. die weitere Zusammenarbeit im Hinblick auf die Steuerung der Migrationsströme mit Frontex auszubauen und eine ähnliche Vereinbarung zur Einbeziehung der maritimen Aktivitäten der NATO im Mittelmeer zu prüfen;

n. die europäische Dimension des Bündnisses zu stärken, unter anderem durch Gewährleistung der vollumfänglichen Einbeziehung der nicht der EU angehörenden NATO-Mitglieder in die entsprechenden Maßnahmen der EU, und folglich auf den jüngsten Meilensteinen bei der Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Cyber-Sicherheit, hybride Kriegführung, Nachrichtendienste und Migration aufzubauen und weiteren Synergien in anderen Bereichen anzustreben, beispielsweise Terrorismusbekämpfung, strategische Kommunikation, Resilienz und Verteidigungsunterstützung im Rahmen der künftigen globalen außen- und sicherheitspolitischen Strategie der EU;

o. sich weiterhin im Rahmen der Operation „Resolute Support“ und weiterer partnerschaftlicher Aktivitäten zur Verbesserung der Effizienz und Nachhaltigkeit der afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu bekennen;

p. die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls Montenegros zu begrüßen, alle Elemente der Erklärung des Gipfels von Bukarest von 2008 zu bekräftigen, dass Georgien mithilfe eines Mitgliedschaftsaktionsplans (MAP) als integralen Bestandteil des Prozesses der NATO beitritt, die Bemühungen Bosniens und Herzegowinas zur Einhaltung der im April 2010 festgelegten Anforderungen zu unterstützen, damit der entsprechende erste MAP schnellstmöglich aktiviert werden kann, und das entschlossene Bekenntnis der NATO zur euro-atlantischen Integration der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[1] zu bekräftigen, sobald im Rahmen der Vereinten Nationen für die Namensfrage eine beiderseits annehmbare Lösung gefunden worden ist;

[1] Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien mit ihrer verfassungsmäßigen Bezeichnung an.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

q. die fortwährende Besetzung georgischer und ukrainischer Hoheitsgebiete durch Russland weiterhin zu verurteilen und beide Länder bei der Umsetzung der dringend benötigten innenpolitischen Reformen zu unterstützen;

r. weiterhin nach Möglichkeiten zu suchen, die Spannungen mit Russland abzubauen und Fehleinschätzungen und Vorfälle zu vermeiden und gleichzeitig gegen die nicht hinnehmbaren Verstöße gegen internationale Normen durch Russland vorzugehen;

s. weiterhin das Recht der Partner zu unterstützen, unabhängige und souveräne außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen ohne Druck und Zwang von außen zu treffen;

t. die Bemühungen um die Förderung der Transparenz und effizienten Steuerung der NATO und der Kenntnisse der Bürger über die Herausforderungen für und Anforderungen an unsere gemeinsame Sicherheit zu verstärken.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.